

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe April 2023: Themen im Land Hessen

CDU und Grüne stimmen gemeinsam gegen die politische Beteiligung von politisch interessierten Jugendlichen

Der Hessische Landtag hat in der vergangenen Woche nach der Dritten Lesung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abgelehnt. Neben der AfD stimmten auch die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen gegen die von der SPD vorgeschlagene Verbreiterung der Wählerbasis auf alle ab 16.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, sagte dazu:

„Ob man junge Menschen aktiv an der Gestaltung von Politik – und damit an der Gestaltung der Zukunft – mitwirken lässt, ist letztlich eine Frage des politischen Willens und des richtigen gesellschaftlichen Kompasses. CDU und Grüne haben heute eindrucksvoll bewiesen, dass es ihnen an beidem fehlt.

Ich bedauere sehr, dass unser Vorstoß, Jugendliche und junge Erwachsene bereits ab 16 Jahren die Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu gewähren, an den Regierungsfractionen gescheitert ist.

Vor allem die Grünen-Abgeordneten im Landtag werden ihren eigenen Parteimitgliedern und ihren bisherigen Wählerinnen und Wählern jetzt viel zu erklären haben, denn sie haben heute zugunsten des Koalitionsfriedens mit der CDU erneut ihre eigenen Werte und Ziele verraten: Im Parteiprogramm der Grünen steht die Forderung, jungen Menschen ab 16 das Wählen zu ermöglichen, aber im Landtag kuschen sie vor dem Koalitionspartner und stimmen gegen das, was sie doch eigentlich für richtig halten.

Die Wählerinnen und Wähler sollten diese besondere Form der Rückgratlosigkeit nicht vergessen.“

Blindflug in den Rechtsanspruch auf Ganzttag im Grundschulbereich beenden – Landesregierung muss Verantwortung übernehmen

Zu der präsentierten Bedarfsanalyse der GEW Hessen zum Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich ab 2026 erklärte die stellvertretende bildungspolitische Sprecherin Nina Heidt-Sommer:

„In den nächsten Jahren müssen nach Einschätzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rund 49.000 zusätzliche Ganztagsplätze geschaffen und zwischen 4.800 und 6.550 pädagogische Fachkräfte eingestellt werden, wenn 68 Prozent der Eltern das Recht in Anspruch nehmen würden. Die Landesregierung geht sogar von einer höheren Quote von 80 Prozent aus, hat allerdings noch immer keinen blassen Schimmer davon, wie viele ganztägige Plätze es momentan gibt, noch wie hoch der Bedarf an Plätzen oder Personal ist. Das ist verantwortungslos. Der Blindflug in Sachen Rechtsanspruch muss umgehend beendet werden. Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen. Sie ist die einzige Instanz, die landesweit entsprechend planen kann.“

Derzeit erfüllen von den über 1.100 hessischen Grundschulen gerade einmal 442 den Rechtsanspruch. Nur weil eine Schule aktuell Plätze von acht Stunden am Tag an fünf Tagen in der Woche anbietet, bedeute das noch lange nicht, dass ausreichend Plätze für alle Schülerinnen und Schüler vorhanden seien. „Der Rechtsanspruch muss überall in Hessen erfüllt werden: In jedem Stadtteil und in jedem Dorf und am besten in den Grundschulen. Dafür müssen die räumlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen und Mindeststandards klar definiert werden. Schwarzgrün verlässt sich auf das Engagement der Schulträger und der vielen Fördervereine, die schon jetzt den Ganzttag schultern. Inzwischen werden laut GEW mehr als die Hälfte der vom Land für den Ganzttag zugewiesenen Lehrerstellen nicht mehr mit Lehrkräften besetzt, sondern in Geld ausgeschüttet. Der bunte Flickenteppich qualitativ unterschiedlicher Betreuungsangebote wächst, ohne dass sie in pädagogische Prozesse der Schule eingebunden sind“, kritisierte Heidt-Sommer. „Angesichts des vorhandenen Fach- und Lehrkräftemangels darf bezweifelt werden, dass der Rechtsanspruch ohne eine effektive Kooperation zwischen Bund, Land und Kommunen und ohne Bedarfserhebung und qualitative Steuerung durch das Land verwirklicht werden kann“, so die SPD-Politikerin.

Landesregierung muss um jede Filiale kämpfen

Galeria Karstadt Kaufhof schließt 52 von 129 Filialen deutschlandweit, in Hessen sind sieben Häuser betroffen. Zudem sollen die Verkaufsflächen der übrigen Warenhäuser verkleinert und 40 Prozent der Personalkosten in der Verwaltung eingespart werden.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, zeigt sich besorgt über den Verlust der Arbeitsplätze: „Die hessische Landesregierung muss um jede Filiale kämpfen. Die Schließungen der Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland und schwächt den Wirtschaftsstandort Hessen. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Unterstützung auf allen Ebenen. Viele Existenzen stehen auf dem Spiel.“

Der Konzern habe in der Vergangenheit erhebliche Hilfen der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und René Benko müsse nun auch Verantwortung übernehmen.

„Die Unternehmensleitung hat ein Zukunftskonzept verpasst. Die Fehler sind hausgemacht, doch müssen jetzt die Beschäftigten für ebendiese Fehler bezahlen. Das können wir nicht hinnehmen. Warum fallen in Hessen knapp die Hälfte aller Standorte weg, wohingegen Rheinland-Pfalz alle Filialen beibehalten kann? Hat die hessische Landesregierung genügend Maßnahmen ergriffen, um Schließungen zu verhindern? Erfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genug Unterstützung? Jede Chance und jede Möglichkeit müssen ergriffen werden, um Filialen zu erhalten. Wir als SPD-Fraktion stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und kämpfen mit ihnen um jeden einzelnen Arbeitsplatz“, so Günter Rudolph. Zeitgleich kündigte Rudolph an, das Thema zeitnah in einer Sondersitzung des Hessischen Landtags aufgreifen zu wollen, ein entsprechender Antrag sei bereits auf dem Weg.

SPD-Landtagsfraktion stellt Konzept für den ländlichen Raum vor – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land als Ziel

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat ihr Konzept für eine Stärkung der ländlichen Räume präsentiert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph, der Sprecher der Fraktion für den ländlichen Raum, Knut John, und Landrätin Anita Schneider aus dem Kreis Gießen erläuterten bei einer Pressekonferenz in Wiesbaden die wesentlichen Ansätze des Konzepts.

Fraktionsvorsitzender Rudolph sagte: „Die Bedeutung des ländlichen Raums für Hessen wird bedauerlicherweise immer noch und immer wieder unterschätzt. 85 Prozent der Fläche Hessens sind als ländliche Gebiete definiert, rund die Hälfte der Bevölkerung lebt dort. Wenn man das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu gewährleisten, wirklich ernst nehmen will, dann müssen die Dörfer und kleineren Städte im ländlichen Raum bei allen landespolitischen Entscheidungen und Planungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Egal, ob es ums Bauen, um den Öffentlichen Nahverkehr, um Schulbusse oder um Ladesäulen für Elektroautos geht – das, was an Landesplanung in Frankfurt, Darmstadt und Kassel möglicherweise als großer Wurf erscheint, ist in Heidenrod, Wald-Michelbach oder Großalmerode sehr wahrscheinlich ohne Bedeutung für die Menschen und ihre Region. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse anstrebt, muss die Unterschiede akzeptieren und seine Politik daran anpassen. Vor allem aber muss eine Politik des Landes für den ländlichen Raum verlässlich und dauerhaft sein. Daran fehlt es der aktuellen Landesregierung, in der ein Ministerpräsident aus Frankfurt und seine überwiegend großstädtisch geprägten Kabinettsmitglieder die Dörfer und Kleinstädte nur dann für sich entdecken, wenn es mal wieder auf eine Landtagswahl zugeht.“

Fraktions-Fachsprecher Knut John verwies auf die identitätsstiftenden Faktoren des ländlichen Raums. Er sagte: „Wir sehen – auch bedingt durch die unbezahlbaren Wohnkosten in den Großstädten – wieder einen gewissen Zuzug in die ländlichen

Gebiete. Das passiert aber nur dort, wo der ländliche Raum mit Straßen, Schienen und schnellem Internet angebunden ist. Jahre und Jahrzehnte der Landflucht haben ihre Spuren in der Infrastruktur der Gebiete abseits der Metropolen hinterlassen. Ob bei Mobilität und Verkehr, bei der Digitalisierung, der Gesundheitsversorgung, der Schulbildung, den Kindergärten oder der Kultur – das Verschwinden von Angeboten macht es nun schwer, den Drang aufs Land so zu gestalten, dass die Menschen dort dauerhaft froh und zufrieden sind. Deswegen haben wir in unserem Konzept nicht nur Probleme beschrieben, sondern uns bemüht, praktikable und schnell wirksame Lösungen aufzuzeigen.“

Landrätin Anita Schneider lobte das Konzeptpapier der SPD-Landtagsfraktion als umfassende Bestandsaufnahme, aus der praxisnahe Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der ländlichen Strukturen abgeleitet würden. Sie sagte: „Insbesondere die Förderinstrumente, die das Land anbietet, müssen auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums angepasst werden. Ich bin eine große Freundin von Regionalbudgets, die auf der Grundlage von globalen Zielvereinbarungen mit dem Land verwendet werden können. Wir alle würden die Landesmittel im ländlichen Raum gerne zielgenauer, vor allem aber unkomplizierter einsetzen können. Es mangelt in der Regel nicht an Ideen und an engagierten Menschen, sondern an der Flexibilität der zur Verfügung stehenden Förderungen. Das zu ändern, sehe ich als eine der wichtigsten Aufgaben für die nächste Landesregierung an.“

Weitere Themen:

Hessen muss bei der Bewältigung der Herausforderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt aktiv mitgestalten

[Hessen muss bei der Bewältigung der Herausforderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt aktiv mitgestalten](#) › SPD-Fraktion Hessen (spd-fraktion-hessen.de)

Gute frühkindliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft – Landesregierung drückt sich vor ihrer Verantwortung

[Gute frühkindliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft – Landesregierung drückt sich vor ihrer Verantwortung](#) › SPD-Fraktion Hessen (spd-fraktion-hessen.de)

Stuttgarter Erklärung gegen Gewalt an Frauen

[Stuttgarter Erklärung gegen Gewalt an Frauen](#) › SPD-Fraktion Hessen (spd-fraktion-hessen.de)